

Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (beachte den Kommentar zu BV 185)

(Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 23. Juni 2021 (Stand am 26. Juni 2021)

Der Schweizerische Bundesrat, gestützt auf Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben a und b des Epidemiengesetzes vom 28. September 2012¹ (EpG),

verordnet:

[SR 818.101](#)

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand und Zweck

¹ Diese Verordnung ordnet Massnahmen an gegenüber der Bevölkerung, Organisationen und Institutionen sowie den Kantonen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie.

² Die Massnahmen dienen dazu, die Verbreitung des Coronavirus (Covid-19) zu verhindern und Übertragungsketten zu unterbrechen.

Art. 2 Zuständigkeit der Kantone

¹ Soweit diese Verordnung nichts anders bestimmt, behalten die Kantone ihre Zuständigkeiten gemäss EpG.

² Massnahmen im Bereich der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II fallen in die Zuständigkeit der Kantone.

Art. 3 Personen mit einem Zertifikat

Als Personen mit einem Zertifikat im Sinne dieser Verordnung gelten Personen, die über eines der folgenden Zertifikate verfügen:

- a. ein Covid-19-Zertifikat nach Artikel 1 Buchstabe a der Covid-19-Verordnung Zertifikate vom 4. Juni 2021²;
- b. ein anerkanntes ausländisches Zertifikat nach dem 7. Abschnitt der Covid-19-Verordnung Zertifikate.

[SR 818.102.2](#)

2. Abschnitt: Massnahmen gegenüber Personen

Art. 4 Grundsatz

Jede Person beachtet die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zu Hygiene und Verhalten in der Covid-19-Epidemie³.

³ Abrufbar unter www.bag.admin.ch > Krankheiten > Infektionskrankheiten: Ausbrüche, Epidemien, Pandemien > Aktuelle Ausbrüche und Epidemien > Coronavirus > So schützen wir uns.

Art. 5 Reisende im öffentlichen Verkehr

¹ Reisende in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs wie Zügen, Strassenbahnen, Bussen, Schiffen, Luftfahrzeugen und Seilbahnen müssen im geschlossenen Bereich der Fahrzeuge eine Gesichtsmaske tragen. Davon ausgenommen sind:

- a. Kinder vor ihrem 12. Geburtstag;
- b. **Personen, die nachweisen können, dass sie aus besonderen Gründen, insbesondere medizinischen, keine Gesichtsmasken tragen können;** für den Nachweis medizinischer Gründe ist ein Attest einer Fachperson erforderlich, die nach dem **Medizinalberufegesetz** vom 23. Juni 2006⁴ oder dem **Psychologieberufegesetz** vom 18. März 2011⁵ zur Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung befugt ist. **Die beiden genannten Gesetze finden sich nicht**

² Als Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs gelten:

- a. Fahrzeuge von Unternehmen mit einer Konzession nach Artikel 6 oder einer Bewilligung nach Artikel 7 oder 8 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2009⁶;
- b. Luftfahrzeuge von Unternehmen mit einer Betriebsbewilligung nach Artikel 27 oder 29 des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948⁷, die im Linien- oder Charterverkehr eingesetzt werden.

⁴ [SR 811.11](#)

⁵ [SR 935.81](#)

⁶ [SR 745.1](#)

⁷ [SR 748.0](#)

Art. 6 Personen in öffentlich zugänglichen Bereichen von Einrichtungen und Betrieben

¹ Jede Person muss in öffentlich zugänglichen Innenräumen von Einrichtungen und Betrieben eine Gesichtsmaske tragen.

² **Von der Pflicht nach Absatz 1 ausgenommen sind folgende Personen:**

- a. Kinder vor ihrem 12. Geburtstag;
- b.

Personen, die nachweisen können, dass sie aus besonderen Gründen, insbesondere medizinischen, keine Gesichtsmasken tragen können; für den Nachweis medizinischer Gründe gilt Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b;

c.

Personen in Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung oder in Bildungseinrichtungen, sofern das Tragen einer Gesichtsmaske die Betreuung oder den Unterricht wesentlich erschwert;

d.

Personen, die eine medizinische oder kosmetische Dienstleistung im Gesicht in Anspruch nehmen;

e.

auftretende Personen, namentlich Rednerinnen und Redner;

f.

Personen, die gestützt auf eine Vorgabe in dieser Verordnung von der Maskenpflicht ausgenommen sind:

1.

in den Bereichen Sport, Kultur, Freizeit und Unterhaltung,

2.

in Restaurations-, Bar und Clubbetrieben,

3.

an Veranstaltungen.

³ Badeanstalten einschliesslich Thermalbäder sowie Wellnesseinrichtungen können in ihren Schutzkonzepten Ausnahmen von der Pflicht nach Absatz 1 vorsehen.

⁴ Ist zu öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben oder zu Veranstaltungen der Zugang auf Personen mit einem Zertifikat beschränkt, so müssen die Betreiber und Organisatoren vorsehen, dass die vor Ort tätigen Personen, die Kontakt haben zu Gästen, Kundinnen und Kunden oder Besucherinnen und Besuchern:

a.

selber ein Zertifikat vorweisen können; oder

b.

falls nicht alle ein Zertifikat vorweisen können: alle in Innenbereichen eine Gesichtsmaske tragen.

⁵ Sozialmedizinische Institutionen können nach Rücksprache mit der zuständigen kantonalen Behörde in ihren Schutzkonzepten vorsehen, dass in den öffentlich zugänglichen Bereichen von der Pflicht nach Absatz 1 ausgenommen sind:

a.

Bewohnerinnen und Bewohner, die gegen Covid-19 geimpft wurden: für die in Anhang 2 festgelegte Dauer;

b.

Bewohnerinnen und Bewohner, die sich mit Sars-CoV-2 angesteckt haben und als genesen gelten: für die in Anhang 2 festgelegte Dauer.

⁶ Welche Personen im Sinne von Absatz 5 Buchstabe a als geimpft gelten, wird in Anhang 2 geregelt.

3. Abschnitt: Massnahmen betreffend die **Kontaktquarantäne** und die **Absonderung** beachte STGB Art.1 oder gültige Verfügung!

5. Abschnitt: Massnahmen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Art. 25 Präventionsmassnahmen

¹ Die Arbeitgeber müssen gewährleisten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Empfehlungen des BAG betreffend Hygiene und Abstand einhalten können. Hierzu sind entsprechende Massnahmen vorzusehen und umzusetzen.

² Die Arbeitgeber treffen weitere Massnahmen gemäss dem STOP-Prinzip (Substitution, technische Massnahmen, organisatorische Massnahmen, persönliche Schutzausrüstung), namentlich die Möglichkeit von Homeoffice, die physische Trennung, getrennte Teams, **regelmässiges Lüften** oder das Tragen von Gesichtsmasken.

³ Für den Schutz besonders gefährdeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt zudem Artikel 27a der Covid-19-Verordnung 3 vom 19. Juni 2020¹⁰.

7. Abschnitt: Strafbestimmungen

beachte STGB Art.1

Art. 28

Mit Busse wird bestraft, wer:

- a. als Betreiber oder Organisator vorsätzlich oder fahrlässig seine Verpflichtungen nach einer der folgenden Bestimmungen nicht einhält: Artikel 10 Absätze 1–3, Artikel 12, 13 Absatz 1, 14 Absätze 1 und 2, 15 Absatz 1, 17 Absatz 1 sowie 20;
- b. als Betreiber oder Organisator vorsätzlich oder fahrlässig die nach Artikel 11 erhobenen Kontaktdaten entgegen Artikel 11 Absatz 3 zu anderen Zwecken bearbeitet oder länger als 14 Tage nach der Teilnahme an der Veranstaltung oder dem Besuch der Einrichtung oder des Betriebs aufbewahrt;
- c. vorsätzlich eine Veranstaltung mit mehr Personen durchführt, als nach Artikel 14 Absätze 1 Buchstaben a und b und 3 zulässig sind;
- d.

vorsätzlich eine Grossveranstaltung nach Artikel 16 Absatz 1 oder eine Fach- oder Publikumsmesse nach Artikel 18 Buchstabe a ohne die dafür erforderliche Bewilligung oder abweichend vom bewilligten Schutzkonzept durchführt;

e.

entgegen Artikel 5 Absatz 1, 6 Absatz 1 oder 14 Absatz 2 Buchstabe a in geschlossenen Bereichen von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs, in öffentlich zugänglichen Innenräumen von Einrichtungen und Betrieben oder an Veranstaltungen vorsätzlich oder fahrlässig keine Gesichtsmaske trägt, sofern nicht eine Ausnahme nach Artikel 5 Absatz 1 oder 6 Absatz 2 oder 4 gegeben ist;

f.

als Gast eines Restaurations-, Bar- oder Clubbetriebs vorsätzlich gegen die Sitzpflicht nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 2 verstösst.

EpG: Besondere Lage

Art. 6

1 Eine besondere Lage liegt vor, wenn:

a. die ordentlichen Vollzugsorgane nicht in der Lage sind, den Ausbruch und die Verbreitung übertragbarer Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen, und eine der folgenden Gefahren besteht:

1. eine erhöhte Ansteckungs- und Ausbreitungsgefahr,
2. eine besondere Gefährdung der öffentlichen Gesundheit,
3. schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft oder auf andere Lebensbereiche;

b. die Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgestellt hat, dass eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite besteht und durch diese in der Schweiz eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit droht.

2 Der Bundesrat kann nach Anhörung der Kantone folgende Massnahmen anordnen:

a. Massnahmen gegenüber einzelnen Personen;

b. Massnahmen gegenüber der Bevölkerung;

c. Ärztinnen, Ärzte und weitere Gesundheitsfachpersonen verpflichten, bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten mitzuwirken;

d. Impfungen bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen, bei besonders exponierten Personen und bei Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären.

3 Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) koordiniert die Massnahmen des Bundes.

Ausserordentliche Lage

Art. 7

Wenn es eine ausserordentliche Lage erfordert, kann der Bundesrat für das ganze Land oder für einzelne Landesteile die notwendigen Massnahmen anordnen.



**Covid-19-Verordnung besondere Lage vom 19. Juni 2020 (SR 818.101.26);
Änderung vom 28. Oktober 2020 (Massnahmen gegenüber Personen, betref-
fend öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe und Veranstaltungen
sowie zum Arbeitnehmerschutz)**
(Stand 28.10.2020, 16.00)

Einleitung:

Damit die Erläuterungen möglichst rasch in allen Sprachen verfügbar sind und eine gute Übersicht zu den einzelnen Bestimmungen besteht, werden die geltenden Erläuterungen zu den geänderten Bestimmungen integral abgebildet. Die Änderungen in Bezug auf die geltende Fassung der Verordnung sind unterstrichen.

https://www.google.ch/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKewjTkrnPnfvAhUGDOWKHdbzAK4QFjADegQICxAC&url=https%3A%2F%2Fwww.bag.admin.ch%2Fdam%2Fbag%2Fde%2Fdokumente%2Fmt%2Fk-und-i%2Faktuelle-ausbrueche-pandemien%2F2019-nCoV%2FErl%25C3%25A4uterungen_%25C3%2584nderung_V_beso%2520Lage_vom_28.10.2020_de.pdf.dowload.pdf%2FCovid-19-Verordnung_besondere_Lage_%25C3%2584nderung_vom_28.10.2020.pdf&usg=AOvVaw22xgZi_GoQQccoB-cxH_Th

Das sind **Erläuterungen** zu der COVID Verordnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Auf der zweitletzten Seite steht nach 13 Seiten „Verboten“, das Folgende. Interessant!

Auf eine Pönalisierung von Verhaltensweisen von Privatpersonen, die sich nicht an die Regeln dieser Verordnung halten, wird angesichts der im Zentrum stehenden Eigenverantwortung und mit Blick auf das Verhältnismässigkeitsprinzip verzichtet.

Im **offiziellen Papier der Eidgenossenschaft** hier oben steht - erst am Schluss - der „Massnahmen- Verordnung“:

- Die Massnahmen können **NICHT** bestraft, also **nicht durchgesetzt** werden!
- Das ganze Gehabe der Verordnung mit Masken und Massnahmen stehen unter der **EIGENVERANTWORTUNG**, also **nicht** unter der Verordnung oben!
- Das **Verhältnismässigkeitsprinzip** wird ÜBER die Verordnung gestellt, das heisst, die Massnahmen müssen **GEEIGNET, ZWECKMÄSSIG und ERFORDERLICH** sein. Alle drei sind bei COVID nicht erfüllt.

Wer lesen und denken kann, merke sich das und zeige dies ausgedruckt den Covid-Gläubigen. Viel Spass beim Einhalten von Eidgenössischen Vorgaben.

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

vom 18. April 1999 (Stand am 1. Januar 2020) (Oberste Gesetzesebene)

Präambel

Im Namen Gottes des Allmächtigen! ***Das Schweizervolk und die Kantone,***

in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung,
im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken,
im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben,
im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen,
gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen,

geben sich folgende Verfassung:

1. Titel

Allgemeine Bestimmungen

Schweizerische Eidgenossenschaft

Art. 1

Das Schweizervolk und die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft.

Zweck

Art. 2

- 1 Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.**
- 2 Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.**
- 3 Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.**
- 4 Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.**

Kantone

Art. 3

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.

Landessprachen

Art. 4

Die Landessprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch.

Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns

Art. 5

- 1 Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.**
- 2 Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein.**
- 3 Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben.**
- 4 Bund und Kantone beachten das Völkerrecht.**

Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung

Art. 6

Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.

Menschenwürde

Art. 7

Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen.

Rechtsgleichheit

Art. 8

1 **Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.**

2 **Niemand darf diskriminiert werden**, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

3 Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

4 Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.

Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben

Art. 9

Jede Person hat Anspruch darauf, von den staatlichen Organen ohne Willkür und nach Treu und Glauben behandelt zu werden.

Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit

Art. 10

1 **Jeder Mensch hat das Recht auf Leben.** Die Todesstrafe ist verboten.

2 **Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.**

3 **Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten.**

Schutz der Kinder und Jugendlichen

Art. 11

1 **Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung.**

2 Sie üben ihre Rechte im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit aus.

Recht auf Hilfe in Notlagen

Art. 12

Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.

Schutz der Privatsphäre

Art. 13

1 Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

2 **Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.**

Beachte: **WÜRDE DISKRIMINIERUNG WILLKÜR UNVERSEHRTHEIT BEWEGUNGSFREIHEIT!!**

Äussere und innere Sicherheit

Art. 185

3 Er kann, unmittelbar gestützt auf diesen Artikel, Verordnungen und Verfügungen erlassen, um eingetretenen oder unmittelbar **drohenden schweren Störungen** der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit zu begegnen. Solche Verordnungen sind zu befristen. (Nachweis?)

Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (Stand am 1. Juli 2020)

Art. 1

1. Keine Sanktion ohne Gesetz

Eine Strafe oder Massnahme darf nur wegen einer Tat verhängt werden, die das **Gesetz ausdrücklich** unter Strafe stellt. (Verordnungen sind ausdrücklich ausgenommen!!!)

Siehe auch ZGB Art 28. -> Verletzungs- Verbot durch Richter („Test“, „Impfung“)